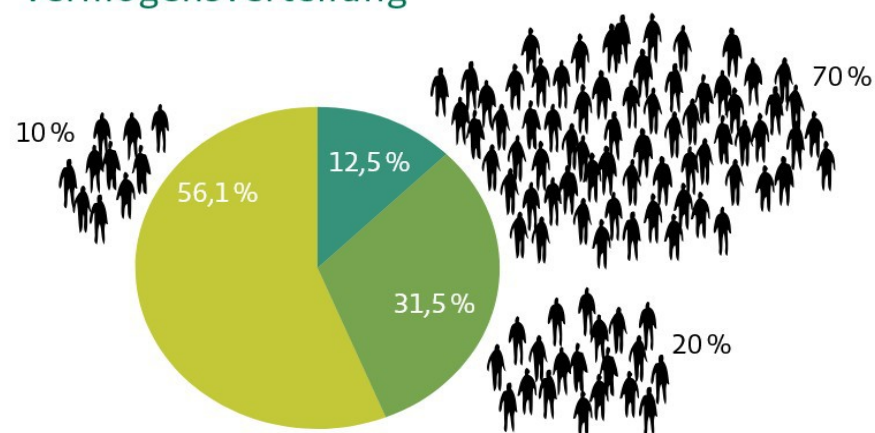


1 ☹	Eine Analyse des Bundeswahlprogramms von 2025 und weiterer Dokumente zeigt, dass die AfD-Vorschläge insbesondere den Reichen zugutekommen und eine weitere Umverteilung von unten nach oben bewirken. (Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft IW, Februar 2025) Die AfD ist gegen den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdiener:innen. (Der Solidaritätszuschlag ist eine Abgabe zusätzlich zur Einkommenssteuer. Seit 2021 müssen ihn nur noch die ~10% Spitzenverdiener:innen zahlen. Das wirkt als ob diesen oberen 10% ein Steuergeschenk gemacht werden soll. / Die AfD stimmte als einzige Partei im Bundestag gegen den Bau von Sozialwohnungen. Laut einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung stimmte die AfD im Bundestag in Fragen des Sozialstaats zu 75 % wie die FDP ab: gegen Anträge, die darauf abzielen, sozialstaatliche Leistungen zu erhalten oder auszubauen, und für Anträge, die den Sozialstaat abbauen sollten. Dem Anstieg des Mindestlohns [https://www.dgb.de/geld/mindestlohn/] auf 12 Euro hat die AfD 2022 im Bundestag nicht zugestimmt, weil "die politische Anhebung des Mindestlohns den Markt außer Kraft setze" (Beschlussbegründung der AfD-Bundestagsfraktion).
2 ☹	Nein, sie möchte fossile Energiequellen ausbauen, die nachgewiesenermaßen klimaschädlich sind. Laut AfD gibt es keinen menschenverursachten Klimawandel. Laut Wahlprogramm 2025: Die AfD spricht sich für die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland aus. Die Gaslieferungen aus Russland sollten wieder aufgenommen und die Nord- Stream-Leitungen für eine Wiederinbetriebnahme instandgesetzt werden. Es soll nicht nur die Laufzeit der bestehenden Kohlekraftwerke verlängert werden sondern darüber hinaus ein Ausbau von Kohlekraftwerken erfolgen. Ferner spricht sich die Partei für eine Aufhebung des Verbots von Öl- und Gasheizungen aus.
3 ☺	„Wir fordern, das EURO-Experiment geordnet zu beenden. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet“. (Auszug aus dem Grundsatzprogramm) Fakt: Die vielen Ebenen in der EU machen es nicht leicht, europäische Politik mitzugestalten und zu verändern. Die Brüsseler Politik wird von vielen Seiten kritisiert. Und: Deutschland muss in der EU Kompromisse schließen. In der EU verhandeln die europäischen Staaten viele Fragen der Wirtschaft und Außenpolitik. Das sind Themen, die heute kein Staat allein entscheiden kann – auch Deutschland nicht. Niemand ist allein souverän, alle müssen Kompromisse eingehen. Das wäre ohne Europäische Union nicht anders. Ein Ausstieg Deutschlands aus dem Euro hätte unabsehbare überwiegend negative wirtschaftliche Folgen für unser Land .
4 ☺	Das möchte die AfD laut Wahlprogramm 2021. Viele Fachleute sehen das anders: Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen. So erklärt Vorstandsvorsitzende Professorin Theresia Höynck. Auch, wenn die Pubertät bei vielen Kindern früher einsetze, bedeute das nicht, dass sie auch geistig früher reif wären: "Die sind genauso emotional, genauso impulsiv, genauso emotional abhängig, wie sie das früher auch waren." Höynck hält eine Analyse der Situation und Ursachen und angepasste Präventionsprogramme für sinnvoller. Die Polizeigewerkschaft unterstützt diese Forderung.
5 ☹	„Die Zwangsfinanzierung des öffentlichen Rundfunks ist umgehend abzuschaffen und in ein Bezahlfernsehen umzuwandeln“. (Grundsatzprogramm) Wenn es nur noch private TV und /oder Radio Sendungen gibt, steigt die Gefahr der Einflussnahme durch reiche Techgiganten oder andere finanzstarke Firmen.
6 ☹	Laut Aussage des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) betrachtet die Gewerkschaft die AfD aus mehreren Gründen als gewerkschaftsfeindlich. Die Aussage des DGB: Die AfD will Gewerkschaften aus den Betrieben drängen, das Streikrecht einschränken und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen abschaffen. Das Ergebnis: schwächere Arbeitnehmervertretung und schlechtere Arbeitsbedingungen.

Vermögensverteilung



Dem reichsten Zehntel gehören mehr als 50 Prozent des Vermögens, der größte Teil der Bevölkerung kommt zusammen nur auf 12 Prozent. Von gerechter Verteilung ist das weit entfernt.²⁹

- 7 ☹ Die AfD will ein Stufensystem für die Einkommenssteuer. Das würde alle Einkommen ab 30.001 Euro mit 25 Prozent besteuern, egal ob man 30.001 verdient oder 600.000 Euro. Der Spitzensteuersatz würde wegfallen. Das würde vor allem Spitzenverdiener:innen entlasten. Quelle: Nachfrage bei Abgeordneten-watch und Antwort von AfD-MdB Albrecht Glaser, abgeordnetentwatch.de 21.2.2024
- :»Die AfD fordert die Abschaffung der Erbschaftssteuer.« (AfD-Bundestagswahl -programm 2021). Durch die aktuell geltenden Freibeträge von 400.000 € für Kinder und Lebenspartner:innen würden in der Regel nur besonders vermögende Menschen von der Abschaffung der Erbschaftssteuer profitieren.
- 8 ☺ Dies stammt aus einer in Erfurt gehaltenen Rede von Björn Höcke im Jahr 2015 (Er ist wegen NS-Parolen verurteilt worden)
- 9 ☹ Die Verfassungsschutzbehörde hat bei einer Vielzahl von Beschlüssen von AfD Verbänden / Regional- und Landesparteigruppen verfassungsfeindliche Tendenzen festgestellt. Gleiches gilt für Aussagen von einer Reihe von Parteimitgliedern.
- 10 ☹ Es soll keine Geschwindigkeitsbegrenzungen geben. „Freie Nutzung der Verkehrsmittel ohne Schikanen“, so die AfD Aussage im Grundsatzprogramm 2016
- 11 ☺ Es bedeutet, dass eine Partei schwere und eindeutige rechtsextremistische Ziele, -Ideologie oder Aktivitäten aufweist, die klar gegen die verfassungsmäßige Ordnung (Gegen das Grundgesetz) gerichtet sind. Es besteht eine hohe Verlässlichkeit dieser Einschätzung, basierend auf überprüfbaren Indikatoren durch das Bundesamt für Verfassungsschutz.
- 12 ☺ Jeder Vorschlag zur möglichen Mietpreisbremse wurde im Bundestag abgelehnt. Als Kernpunkt könnte man sagen, die AfD fordert mehr Freiheit für die Wirtschaft.